

Protokoll

über die 23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel
am Dienstag
dem 29.09.2015, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:17 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester
Herr Jörg Keller
Herr Michael Schernikau

Ausschussvorsitzender, 1. stellvertr.
Fraktionsvorsitzender

Herr Stephan Schwartz
Herr Norbert Weller

WSI:

Herr Joachim Funck
Frau Renate Palm

Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Willibald Ulbrich
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn
Herr Rüdiger Fölske

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Umweltbeirat:

Herr Rainer Hagendorf

stellvertr. Ausschussmitglied

Verwaltung:

Herr Jürgen Brix
Herr Karl-Heinz Grass
Herr Joachim Kern
Herr Klaus Lieberknecht

Fachdienstleiter 1-30
Fachdienstleiter 2-61
Fachdienst 2-61
Fachbereichsleiter 2

Herr Niels Schmidt
Frau Sonja Taschendorf

Bürgermeister
Schriftführerin

Gäste:

Frau Barbara Engelschall

Geschäftsführerin Regionalpark Wedeler Au
e.V.

Herr Michael Kissig
Herr Dieter Strüven

Ratsherr
stellvertr. Ausschussmitglied

Es sind 8 Zuschauer und 2 Pressevertreter anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Herr Eichhorn kündigt einen Antrag der SPD an, der heute verteilt und in der nächsten Sitzung beraten werden soll. Herr Schernikau schlägt vor, diesen unter TOP 8.4, Mitteilungen, zu verteilen. Unter diesem Punkt wird auch ein Prüfauftrag der CDU an die Verwaltung gestellt werden.

Es wird vorgeschlagen weder für TOP 10, Sanierungsgebiet „Stadthafen Wedel“ noch für TOP 11, Grundstücksangelegenheiten im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 37, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Der Ausschuss schließt auf Antrag Herrn Schernikaus daher die Öffentlichkeit nur für TOP 12 einstimmig aus.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
 - 2.) **Anhörung der Beiräte**
 - 3.) **Protokollgenehmigungen**
 - 3.1 **Protokoll der 21. Sitzung vom 07.07.2015**
 - 3.2 **Protokoll der 22. Sitzung vom 01.09.2015**
 - 4.) **B-Plan Nr. 88 "BusinessPark Elbufer Wedel"**
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
Vorlage: BV/2015/097
 - 5.) **B-Plan Nr. 39, "über das Gebiet zwischen Moorweg, Eggenbüttelweg", 3. Änderung "Heinestraße"**
hier: Entwurfs-, Auslegungsbeschluss sowie Beschluss zur Beteiligung der Behörden.
Vorlage: BV/2015/055
 - 6.) **Regionalpark Wedeler Au**
 - 6.1 **Vorstellung der geplanten Erweiterung durch den Regionalpark Wedeler Au e.V.**
-

- 6.2 Erweiterung und Mitgliedsbeitrag
Vorlage: BV/2015/093
- 7.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 8.) Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 30 km/h tagsüber auf der B 431 innerhalb geschlossener Ortschaft
Vorlage: MV/2015/079
 - 8.2 Handy-Parken
Vorlage: MV/2015/081
 - 8.3 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 8.4 Sonstiges
- 9.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u.a.
- 10.) Sanierungsgebiet "Stadthafen Wedel"
hier: Auftragsvergabe Projektsteuerleistung für die Neugestaltung der Östlichen
Hafenpromenade
Vorlage: BV/2015/102
- 11.) Grundstücksangelegenheit im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 37, 1. Änderung
"Am Redder"
hier: Ergebnisse der Fraktionsberatungen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 12.) Mitteilungen und Anfragen
 - 12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 12.2 Sonstiges
- 13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es wird wiederholt nach der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses von 1985 in Bezug auf das Autorial gefragt. Der Einwohner hält die Antwort in der letzten Sitzung für unzureichend. Insbesondere die Punkte 11,12,14 und 15 auf S.2 des Beschlusses seien nicht umgesetzt worden.

2.) Anhörung der Beiräte

Es wird nichts berichtet.

3.) Protokollgenehmigungen

3.1.) Protokoll der 21. Sitzung vom 07.07.2015

Herr Wuttke bittet um die Ergänzung seines Wortbeitrags bei TOP 9.

Man einigt sich darauf, nicht das Protokoll vom 07.07.2015 zu ändern, sondern Herrn Wuttkes Anmerkung in diesem Protokoll aufzunehmen und sie um die Antwort Frau Maylahns zu ergänzen

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll vom 07.07.2015 mit 10 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen.

Der Wortbeitrag Herrn Wuttkes am 07.07.2015 lautete wie folgt:

„Herr Wuttke weist darauf hin, dass die Wedeler Au insbesondere im Bereich des Mühlenteiches ein `Verschlickungsproblem` aufweist, das sich negativ auf den Sauerstoffgehalt des Wassers auswirkt. Er bittet diesbezüglich um regelmäßige Kontrolle und (bei Bedarf) entsprechende Gegenmaßnahmen.“

Frau Maylahn antwortete, dass die Verwaltung den Sauerstoffgehalt des Mühlenteiches beobachtet und dass sie zum Beispiel im Sommer 2014 reagiert und Belüftungsmaßnahmen durchgeführt hat. Des Weiteren soll mit den strukturverbessernden Maßnahmen im Wasserlauf der Wedeler Au der Verschlickung des Mühlenteiches vorgebeugt werden. Nach Aussage des LKN sind Maßnahmen im Mühlenteich nicht über die Wasserrahmenrichtlinie förderfähig.

3.2.) Protokoll der 22. Sitzung vom 01.09.2015

Das Protokoll wird ohne Änderungen mit 11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen genehmigt.

4.) B-Plan Nr. 88 "BusinessPark Elbufer Wedel" **hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB** **Vorlage: BV/2015/097**

Herr Wuttke verliest den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (Anlage 1). Punkt D möchte er als Auftrag an die Verwaltung verstanden wissen. Zu Punkt A äußert Herr Wuttke, dass im Ausschuss eine „Augen-zu-und-durch-Mentalität“ besteht. Zu B, Festsetzung ökologischer Standards, regt er an, bestimmte Zertifizierungen zugrunde zu legen, die es inzwischen national und international gibt. Ein Verkehrskonzept sei von den Grünen schon seit 2013 angefragt worden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Wuttke, dass die Verlegung des Hochpunktes ins Zentrum städtebauliche Gründe hätte, da die Bebauung sonst von außen nach innen niedriger wird.

Herr Eichhorn hält dagegen, dass die Verschiebung des Hochpunktes gegen das Grundprinzip des Masterplans geht und ein Solitär mittendrin viel schlimmer sei.

Der Umweltbeirat findet die Verkehrsanbindung unausgegoren.

Es wird gefragt, ob es die Wedeler Position in den Verhandlungen mit Hamburg schwächen würde, wenn man dem Vorschlag der Grünen Punkt A (2) folgt, und ob eine Einigung zwischen Hamburg und Wedel ausgeschlossen ist. Der Bürgermeister antwortet, dass Wedel im



Vorfeld Hamburg verschiedene Angebote gemacht hatte, um die Lärm-Problematik einvernehmlich zu lösen. Darauf ist Hamburg nicht eingegangen. Stattdessen wurden mit dem B-Plan Rissen 11 Fakten geschaffen. Die Stadt Wedel hat ein Normenkontrollverfahren angestrengt, um den Hamburger B-Plan überprüfen zu lassen. Herr Schmidt rät von weiteren Vorgaben für die Investoren ab, da dies die Vermarktung erschwert.

Die Verwaltung äußert zum Punkt A des Antrags, dass die geforderten Höhen im Baufeld GE 6 unterschritten werden. So sind zur Stadtgrenze max. 12 m vorgeschrieben, zum Elbring 10-15 m. Auch in GE 7 wird dieser Forderung weitgehend mit 15 m Rechnung getragen. Nur der Hochpunkt ist höher. Ebenfalls, bis auf eine Engstelle, sind die Baugrenzen zur Stadtgrenze mit ca. 20 - 25 m (GE 6) und mit ca. 30 m (GE 7) eingehalten. Dazu kommt, dass der Grenzweg zu einem Radwanderweg zurückgebaut wird. Herr Grass weist ausdrücklich darauf hin, dass die Ausweisung einer Baulinie nicht bedeutet, dass eine geschlossene Straßenfront entsteht. Es wird durchaus Abstände zwischen den Gebäuden und damit Durchblicke geben.

Zu Punkt C wird ausgeführt, dass im B-Plan kein Standort für ein Parkhaus mehr ausgewiesen ist. Damit erhält man mehr Flexibilität nicht nur was den Standort, sondern auch was die Organisation betrifft. So ist z.B. ein Zusammenschluss mehrerer Gewerbetreibender denkbar. In einem Gewerbegebiet sind Parkhäuser grundsätzlich überall möglich. Die SPD plädiert für die verbindliche Festlegung eines Parkhauses, da sie der Argumentation der Verwaltung nicht folgen kann. Dem schließen sich die Grünen an.

Herr Schumacher erkundigt sich, ob eine verbindliche Festlegung auf Blockheizkraftwerke sinnvoll ist, solange man nicht wisse, was mit dem Vattenfall-Kraftwerk passiert. Herr Kissig antwortet, dass die Stadt Wedel an den Stadtwerken beteiligt ist, die den Loop erschließen und die Kosten vorstrecken. Wenn heute nicht beschlossen wird, werden die Stadtwerke geschädigt und damit auch das eigene Unternehmen. Zu den Parkhäusern fragt er, wer die bauen und betreiben soll.

Herr Schneider stellt den Antrag, die Punkte des Änderungsantrags der Grünen einzeln abzustimmen.

Punkt A (1) des Änderungsantrags (Anlage 1)
wird vom Ausschuss mit 2 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt A (2) des Änderungsantrags (Anlage 1)
wird vom Ausschuss mit 3 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt B des Änderungsantrags (Anlage 1)
wird vom Ausschuss mit 3 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt C des Änderungsantrags (Anlage 1)
wird vom Ausschuss mit 6 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt D des Änderungsantrags (Anlage 1)
wird vom Ausschuss mit 2 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltungen abgelehnt.

Danach stellt der Vorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Die SPD erklärt, dem Beschluss die Zustimmung zu verweigern, da der BusinessPark ein gewöhnliches Gewerbegebiet geworden ist und die Ideen des Masterplans von Campus und Park nicht umgesetzt sind.



Der Ausschuss empfiehlt dem Rat mit 8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

Der Rat beschließt,

1. die während der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 (1) BauGB), der Auslegung (§ 3 (2) BauGB) und der erneuten Auslegung (§ 4a (3) BauGB) von der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen und die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 (1 und 2) und § 4a (3) BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,
 2. den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 88 „BusinessPark Elbufer Wedel“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung,
 3. die Begründung einschließlich Umweltbericht des Bebauungsplans Nr. 88 „BusinessPark Elbufer Wedel“ zu billigen.
- 5.) B-Plan Nr. 39, "über das Gebiet zwischen Moorweg, Eggenbüttelweg", 3. Änderung "Heinestraße"
hier: Entwurfs-, Auslegungsbeschluss sowie Beschluss zur Beteiligung der Behörden.
Vorlage: BV/2015/055

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache mit 8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt,

- 1) den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 39, „Über das Gebiet zwischen Moorweg, Eggenbüttelweg“, 3. Änderung „Teilbereich Heinestraße“
 - 2) die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. §§ 13a und 3(2) BauGB sowie
 - 3) die Durchführung der Behördenbeteiligung und sonstige Träger öffentlicher Belange gem. §§ 13 a und 4(2) BauGB.
- 6.) **Regionalpark Wedeler Au**
- 6.1.) **Vorstellung der geplanten Erweiterung durch den Regionalpark Wedeler Au e.V.**

Die Geschäftsführerin des Vereins Regionalpark Wedeler Au Frau Engelschall zeigt eine kleine Präsentation, die im Bürgerinformationssystem unter dieser Sitzung einsehbar ist.

Herr Schumacher spricht sich für die FDP für eine Erweiterung und die Beitragserhöhung aus, da der Regionalpark eine „Erfolgsgeschichte“ ist.

Auf Nachfrage erklärt Frau Engelschall, dass das Gesamtbudget zurzeit bei 59.000 € liegt. Die Beiträge der Gemeinden berechnen sich nach Fläche und Einwohnerzahl sowie danach, ob es sich um ländliche oder städtische Gemeinden handelt. Hamburg und Wedel zahlen daher den größten Anteil.

Herr Wuttke merkt an, dass für einzelne Projekte noch einmal extra gezahlt werden muss. Er unterstellt, dass ein wesentliches Motiv der Erweiterung ist, „Größersein“ zu wollen, ohne eine qualitative Verbesserung zu erreichen.

Herr Kissig erinnert daran, dass gleich das erste Projekt des Parks, der Elbwanderweg, ein Wedeler Projekt gewesen ist. Allerdings zahle der Kreis keinen Beitrag und man müsse ihn an seine Verantwortung erinnern, da es ihm inzwischen finanziell besser geht. Frau Engel-schall wendet ein, dass sich der Kreis aber indirekt beteiligt. So übernimmt er die Wartung der Radwegebeschilderung.

Herr Lieberknecht berichtet, dass man in der Vergangenheit viele Fördergelder erhalten habe, gerade für Projekte, die Wedel machen wollte.

6.2.) Erweiterung und Mitgliedsbeitrag **Vorlage: BV/2015/093**

Die SPD möchte die Entscheidung über die Beitragserhöhung vertagen und im Rahmen der Haushaltsberatungen darüber entscheiden. Die Grünen unterstützen diesen Antrag und wollen ihn um einen Auftrag an die Verwaltung erweitern: Diese soll intensiv beim Kreis einen Beitrag einfordern.

Herr Lieberknecht erklärt, dass die Erweiterung und die Beitragserhöhung nicht unmittelbar miteinander zu tun haben. Die Gremien der drei neuen Kommunen haben dem Beitritt zum Regionalpark bereits zugestimmt. Die Beitragserhöhung braucht man zwingend, um überhaupt weiterarbeiten zu können. Dies ist die erste Beitragserhöhung seitdem der Verein besteht.

Frau Palm äußert Verständnis für den Vorschlag erst die Haushaltsberatungen abzuwarten. Aber auch der Verein brauche Planungssicherheit.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig:

Der Rat stimmt folgenden Maßnahmen des Vereins Regionalpark Wedeler Au e.V. zu:

1. Erweiterung des Regionalparks Wedeler Au um die Gemeinden Hetlingen, Heist und Halstenbek.

Zuerst stellt Herr Schernikau den Antrag der SPD auf Vertagung von Punkt 2 zur Abstimmung. Der Ausschuss lehnt den Antrag mit 5 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen ab.

Dann empfiehlt der Ausschuss dem Rat mit 8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Rat stimmt folgenden Maßnahmen des Vereins Regionalpark Wedeler Au e.V. zu:

2. Beitragserhöhung für die Stadt Wedel um 5.000 €.

Der Beitrag von dann insgesamt 30.000 € wird im Haushalt 2016 der Stadt Wedel im Produkt 5511-01000 Regionalpark Wedeler Au eingestellt.

7.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

7.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Lieberknecht berichtet, dass der südliche Hafenbereich bis zum Hafenmeisterhaus inzwischen für die Öffentlichkeit begehbar ist. Bei der Einweihung am 22.10.2015 werden Traditionsschiffe im Hafen sein.



8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1.) 30 km/h tagsüber auf der B 431 innerhalb geschlossener Ortschaft Vorlage: MV/2015/079

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor (Anlage 2).

Herr Burmester erklärt, dass die Polizei die Gefahrenlage aufgrund von Unfällen beurteilt. Man darf aber nicht abwarten bis etwas passiert. Die Geschwindigkeitsbegrenzung sollte um 400 m bis zur Schauenburger Straße ausgeweitet werden.

Herr Wuttke ergänzt, dass nur die Hälfte der Strecke umgesetzt werden soll, die der PLA beschlossen hatte. Er kann der Argumentation der Vorlage nicht folgen: der Bus 289 würde da nicht fahren und Unübersichtlichkeiten, Querungen und enge Gehwege bestehen in beiden Teilen.

Der Bürgermeister Herr Schmidt klärt den Ausschuss auf, dass es sich hier nicht um eine Selbstverwaltungsaufgabe handelt. Entsprechend liegt die Abwägung und die Entscheidung nicht beim Planungsausschuss, sondern bei ihm als unterer Verkehrsbehörde. Der Ausschuss kann ihn gern beraten, mehr aber auch nicht. Er hält die jetzige Lösung für einen vernünftigen Kompromiss zwischen Minderung der Lärmbelastung und den Belangen des fließenden Verkehrs. Wenn der Verkehr stockt, gibt es auch eine höhere Lärm- und Abgasbelastung.

Die SPD votiert trotzdem für die längere Strecke und die WSI schließt sich an.

Der Ausschuss einigt sich einstimmig auf folgenden Antrag:

Der PLA nimmt die MV/2015/079 zur Kenntnis und bittet den Bürgermeister, trotz der vorgetragenen Bedenken der ursprünglichen Anregung des PLA zu folgen und Tempo 30 bis zur Einmündung Lüländen einzuführen.

8.2.) Handy-Parken Vorlage: MV/2015/081

Die CDU erklärt, dass ihr besonders der Bezahl-Komfort wichtig ist. In diesem Zusammenhang fragt sie auch nach der Möglichkeit von Jahreskarten. Herr Brix antwortet, dass Jahreskarten rechtlich nicht möglich sind.

8.3.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Herr Grass berichtet, dass ein Durchgang zwischen Wiedestraße und Pferdekoppel planungsrechtlich vorgesehen, aber noch nicht durchgeführt ist.

Bei der Kreuzung Autal/B431 entstehen die Probleme durch die Verschwenkung der Fahrbahn. Weitere Haltelinien würden noch mehr zur Verwirrung beitragen. Im Zuge der nächsten Markierungsarbeiten wird die Verwaltung aber das Orientierungskreuz in der Mitte erneuern lassen.

Herr Weller berichtet, dass die Ampelschaltung an dieser Kreuzung morgens dem Verkehrsaufkommen nicht gerecht wird. Die Verwaltung wird dies prüfen.



8.4.) Sonstiges

Die SPD verteilt an die Ausschussmitglieder einen Antrag zur Beteiligung der Stadt an der Schaffung sozialen Wohnungsraums, der auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen werden soll.

Die CDU erteilt der Verwaltung einen Prüfauftrag zu weiteren potentiellen Standorten für Unterkünfte (Anlage 3).

Die Verwaltung kündigt an, dass der Kirchstieg für die Herstellung der Baustraße zunächst bis Dezember gesperrt wird, da die Wasserleitung von Hamburg Wasser umgelegt werden muss. Die Schulkinder werden umgeleitet.

9.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u.a.

Herr Lieberknecht teilt mit, dass der Antragsteller für das Yachtzentrum um eine Verlängerung der Baugenehmigung gebeten hat. Der Bauantrag war mit Auflagen genehmigt worden.

10.) Sanierungsgebiet "Stadthafen Wedel"

hier: Auftragsvergabe Projektsteuerleistung für die Neugestaltung der Östlichen Hafenpromenade

Vorlage: BV/2015/102

Der Planungsausschuss beschließt ohne Aussprache mit 12 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt die Beauftragung von Projektsteuerungsleistungen für die Neugestaltung der Östlichen Hafenpromenade und die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten und Hafenmeisterhaus an die

Prof. Burmeier Ingenieurgesellschaft mbH, Hamburg

auf der Grundlage des Angebotes vom 12.08.2015 mit einem Auftragswert von 128.537 € netto bzw. 152.959,03 € inkl. 19% MwSt..

11.) Grundstücksangelegenheit im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 37, 1. Änderung "Am Redder"

hier: Ergebnisse der Fraktionsberatungen

Die Grünen stimmen dem baulichen Konzept zu. Die 30%-Regelung für geförderten Wohnungsbau muss aber gelten. Um diesen umzusetzen und die Kosten zu senken, schlagen sie vor, den Wohnungsstellplatzschlüssel zu verringern und auf einen Teil der Tiefgarage zu verzichten.

Auch die SPD verlangt die Umsetzung der 30%-Regelung.

Die FDP dagegen sagt, dass laut Beschluss jede Entscheidung eine Einzelfallentscheidung ist und sie Konzept und gedeckelte Mieten gut findet.

Die WSI ist mehrheitlich der Meinung, dass sich der Bauherr an den Ratsbeschluss halten muss.

So sieht es auch die Linke.

Die CDU dagegen meint, dass die 30%-Regelung nur für Vorhaben gilt, die erst nach dem Beschluss angestoßen wurden. Dieses Vorhaben existiert schon seit 2006.



Die Verwaltung wird gebeten, mit diesem Meinungsbild mit dem Vorhabenträger in Verhandlung zu gehen.

12.) Mitteilungen und Anfragen

Es liegen weder Mitteilungen noch Anfragen vor. Die Öffentlichkeit wird daher nicht ausgeschlossen.

13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

entfällt

Um 20:17 Uhr schließt Herr Schernikau die Sitzung.

gez. Michael Schernikau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift 08.10.2015

08.10.2015

